

29.08.2000 / Inland

Karneval im Sommer

Wahlkampf in Köln um den Posten des Oberbürgermeisters

Philipp Rügemer

»Von OB verstehen Frauen mehr«, lautete ein Slogan der SPD-Kandidatin Anke Brunn. Er wurde auf Druck einiger Genossen wegen der Anspielung auf die Tamponmarke wieder zurückgezogen. CDU-»Fritze« Schramma posiert stadtweit mit Zapfpistole und will anscheinend Sprit im Rathaus verkaufen, denn »bei diesen Benzinpreisen werfen wir das Geld doch wirklich auf die Straße«, verkündet er breit grinsend.

Barbara Moritz von den Grünen beeindruckt auf einem Plakat mit einem ihrer Babyfotos, doch durch den deutlichen Grünstich gleicht sie darauf eher einem Alien. Ihr Spruch: »Zukunft braucht Spielraum«. Erhofft sie sich ihre Stimmen aus dem All?

Der FDP-Mann Ralph Sterck eifert seinem Vorbild Jürgen Möllemann nach. In einem durchsichtigen Container in der Innenstadt versuchte er tagelang, die Passanten auf sich aufmerksam zu machen. So konnte man ihn rund um die Uhr beobachten - Zladdi läßt grüßen.

Eigentlich war schon im September 1999 wie in ganz Nordrhein-Westfalen die Wahl des Oberbürgermeisters. Erstmals nach 43 Jahren SPD-Herrschaft gewann die Kölner CDU mit ihrem Kandidaten Johannes Jakob »Harry« Blum am 12. September die Kommunal- und OB-Wahlen. Die CDU gewann 43 Sitze (+10 Sitze gegenüber der Kommunalwahl 1994), die SPD kam dagegen nur noch auf schwache 29 (-13), die Grünen erreichten 15 (-1), die FDP 4 (+4), die PDS war erstmals im Kölner Rat mit zwei Sitzen vertreten, und die Republikaner gewannen einen Sitz. In der Hauptwahl für den OB verfehlte Blum mit 48,1 Prozent nur knapp die benötigte absolute Mehrheit vor der Grünen Anne Lütkes mit 32,1 Prozent. In der folgenden Stichwahl gewann Blum mit fünf Prozentpunkten Unterschied. Die Wahlbeteiligung war von 79 (1994) auf katastrophale 45,8 Prozent gesunken.

»Mitschuld« an dem miserablen Wahlausgang für die SPD trug die kleine alternative Zeitung Kölner Woche, die einen illegalen Aktien-Deal von Klaus Heugel (SPD), dem klaren Favoriten auf das höchste Kölner Amt, aufgedeckt hatte. Deshalb mußte Heugel kurzfristig zurücktreten, die SPD stand ohne Kandidaten da. Doch Harry Blum blieb nur ein knappes halbes Jahr in seinem Amt, bis er mit Herzrhythmusstörungen ins Krankenhaus kam und kurz darauf starb.

Hinter dem jetzigen Wahlkarneval verbirgt sich eine knallharte und korrupte Politik der großen Parteien. Im März dieses Jahres (junge Welt berichtete) stimmte der Kölner Rat einem dubiosen Leasing-Deal mit den städtischen Klärwerken und Kanälen zu. In dem umstrittenen Geschäft wurden die »Kloaken« im Wert von 1,2 Milliarden DM für 25 Jahre von einer Briefkastenfirma auf den Cayman-Inseln/Karibik geleast und dann sofort wieder von der Stadt zurückgemietet. Das Vertragswerk selbst bekamen die Ratsmitglieder nicht zu Gesicht. Es gab weder eine öffentliche Ausschreibung noch eine öffentliche Diskussion. Auf Grund eines offenen Briefes vom Kölner Netzwerk gegen Neoliberalismus an die Ratsmitglieder, stimmten immerhin einige der Grünen gegen die Verträge, ein SPD-Mitglied und der Republikaner enthielten sich. Die PDS hatte sich von vornherein gegen den Vertrag ausgesprochen. Jörg Detjen (PDS) begründete dies mit dem »totalen Ausschluß der Öffentlichkeit und fehlender Ausschreibung«.

Letzte Woche hat der Rat in einer Sondersitzung die Privatisierung kommunaler Betriebe weiter vorangetrieben. Die Firma Trienekens bekam den Zuschlag für den Kauf von 49,9 Prozent der neugegründeten Abfall-Wirtschaftsbetriebe GmbH (Müllabfuhr und Straßenreinigung), den Rest der Anteile hält die Stadt Köln. Unterstützung erhielten CDU und FDP von der SPD: Obwohl deren OB-Kandidatin Brunn das Vertragswerk mehrfach in Frage gestellt hatte, verhalf die SPD dem schwarz-gelben Bündnis zu den entscheidenden Stimmen. Grüne und PDS forderten, die Privatisierungspläne aufzugeben. Es sei nicht klar, so Barbara Moritz (Grüne), »ob der Verkauf nicht doch ausgeschrieben« werden müsse. Sie schlug vor, eine rein kommunale Abfallgesellschaft unter dem Dach der Stadtwerke zu gründen.

CDU-Chef Bietmann besteht darauf: »Der Verkauf der Anteile an Trienekens ist eine Entscheidung zugunsten der kleinen Leute, weil die Gebühren stabil bleiben.« Das aber ist schlichtweg falsch. Schließlich sind die Gebühren seit der Privatisierung - an der Müllverbrennungsanlage ist Trienekens zu einem Viertel beteiligt - um insgesamt 60 Prozent gestiegen. Zudem bot mit der Firma Rethmann ein anderer Interessent 100 Millionen DM - immerhin 40 Millionen DM mehr als Trienekens. Trotz einer EU-Richtlinie gab es auch in diesem Fall keine Ausschreibung. FDP-Chef Sterck warb weiter für Trienekens: »Wenn man sich nach acht Jahren Verlobung entscheidet zu heiraten, sucht man sich keine neue Braut.«

Trienekens, ein Tochterunternehmen der RWE, ist innerhalb der letzten Jahre vom mittelständischen Unternehmen in Köln und im Rheinland zum Müllmonopolisten aufgestiegen. Überall versucht sich die Firma einzukaufen - meist erfolgreich. Angesichts dieser Konstellation verspricht Anke Brunn: »Mit mir als OB wird es keinen Verkauf des Tafelsilbers geben.« Damit allerdings steht sie gegen die Politik der eigenen Partei.